

Protokolleintrag vom 14.12.2011

2011/485

Erklärung der SP-Fraktion vom 14.12.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Gestaltungsspielraum nutzen

Das dem Gemeinderat vorliegende Budget 2012 der Stadt Zürich prognostiziert ein Plus von 6,4 Millionen Franken. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde durch Budgetdisziplin (sowohl in der Laufenden Rechnung als auch bei den Investitionen) und weiterhin hohen Steuererträgen ermöglicht. Das Eigenkapital bleibt mit 726,4 Millionen Franken hoch und erlaubt es unserer Stadt, die vom Finanzvorstand angekündigten mageren Jahre gut durchzustehen. Personal- wie auch Sachaufwand steigen weiterhin leicht an. Der geplante Stellenzuwachs ist jedoch in den meisten Fällen auf politische Entscheide zurückzuführen.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf gut 924 Millionen Franken und liegen damit zwischen dem Wert von 2011 und dem Durchschnittsziel von 850 Millionen Franken. Das wirtschaftliche Umfeld präsentiert sich unsicher; umso wichtiger ist eine antizyklische Investitionspolitik, die Gewerbe und KMU Aufträge verschafft. Im Sinne einer Verstärkung auf hohem Niveau sind die Prioritäten richtig zu setzen: So besteht insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich hoher Investitionsbedarf.

Die Steuererträge sowohl der juristischen als auch der natürlichen Personen steigen weiter, auch wenn die diesbezüglichen Prognosen mit Vorsicht zu geniessen sind. Die andauernden Steuerausfälle der Grossbanken zeigen, dass die Diversifizierung der städtischen Wirtschaft weiterhin oben auf der politischen Traktandenliste stehen muss. Der neue Finanzausgleich bringt der Stadt Zürich verdiente Mehreinnahmen zur Abgeltung von Zentrumslasten. Gleichzeitig führt die neue Spital- und Pflegefinanzierung zu einer massiven Kostenüberwälzung auf die Stadt. Deren genaues Ausmass ist heute noch nicht im Detail erkennbar. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind die entsprechenden Sparanträge der Bürgerlichen entschieden abzulehnen. Angesichts der Finanzmisere und der notorischen Fehlbudgetierungen bei Kanton und Bund kritisiert die SP deren Beschlüsse, immer mehr Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen, aufs Schärfste.

Es fällt auf, dass die Ausgaben für Zusatzleistungen zu AHV und IV erneut erhöht werden müssen. Diese Erhöhung ist neben der zunehmenden Pflegebedürftigkeit vor allem auf steigende Wohnzuschüsse auf Grund hoher Mietpreise zurückzuführen. Die SP betont: Es kann und darf nicht sein, dass die Stadt über solche Zuschüsse die Exzesse des privaten Immobilienmarktes mitfinanziert. Das klare Resultat der Abstimmung über den Wohnbauartikel am 27. November zeigt, dass dies die Meinung der grossen Mehrheit der Stadtzürcher Bevölkerung ist. Entsprechend will die SP die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung PWG wieder auf 3 Millionen Franken aufstocken, um den Erwerb von preisgünstigem Wohn- und Gewerberäumen zu fördern.

Nach den einschneidenden Kürzungen im Budget 2011 freut sich die SP, dass das Personal 2012 nicht leer ausgeht: Der Teuerungsausgleich ist budgetiert, dazu kommen die Lohnmassnahmen und eine verdiente Realloohnerhöhung. Ebenso begrüssen wir, dass die Gelder für die Entwicklungshilfe nach der Kürzung von 2011 wieder auf die Summe von 2,5 Millionen Franken aufgestockt worden sind. Um dem Volksentscheid von 1972 Nachachtung zu verschaffen und den Ärmsten vor Ort wirksam zu helfen, beantragt die SP, diesen Betrag um eine Million Franken aufzustocken. Weitere Schwerpunkte der SP liegen im Umwelt- und Verkehrsbereich: So beantragen wir zusätzliche Gelder für Velowegprojekte und unterstützen Anträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften. Auch im Schul- und Sozialbereich wollen wir wichtige Akzente setzen: Dazu gehört die Schaffung von fünf dringend notwendigen Stellen in der Schulsozialarbeit ebenso wie die Realisierung des Krippenneubaus im Kinderhaus Entlisberg. Im Gegenzug unterstützen wir eine Reihe von Sparanträgen in der Verwaltung, die uns sinnvoll erscheinen. Damit lenken wir knappe Ressourcen gezielt in zentrale Handlungsfelder – Wohnbau, Soziales, Bildung, Verkehr und Umwelt: Für einen gut funktionierenden Service public im Interesse der ganzen Stadtbevölkerung.